

Niederschrift

über die Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausländerbeirats

am Mittwoch, **25.01.2006**, 17:40 Uhr,
Braunsberg-Braniewo-Zimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

Mitglieder

Frau Funda Akogullari, Herr Hidir Ates, Herr Dr. Hüseyin Avlar, Frau Miriam Mercedes Becker-Merino, Herr Spyridon-Paul Marinos, Frau Ximena Cecilia Meza Correa-Flock (ab 17.44 Uhr), Herr Chigozie Ernest Onu (ab 17.44 Uhr), Herr Pararajasingam Parameswaran (17.43 - 20.15 Uhr), Herr Deler Saber (ab 17.55 Uhr), Herr Dr. Georgios Tsakalidis, Frau Malgorzata Wojcik, Herr Dr. Ömer Lütfü Yavuz, Herr Ahmet Yesilyaprak (bis 21.05 Uhr), Frau Türkian Yüsbasi

von der Verwaltung

Herr Jürgen Kupferschmidt

für die Schriftführung

Frau Heike Dierks

Es fehlten

Herr Jasar Jasarov, Herr Antonio Machado da Silva, Herr Felice Mignogna, Herr Osman Öztürk (entschuldigt), Herr Muzaffer Ucarer

Tagesordnung:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Berichte
 - 2.1. Abschlusstagung zum INTERREG-III A-Projekt "Zuwanderer integrieren" am 16.12.2005 in Enschede
 - 2.2. Bleiberechtsregelung für länger geduldete Flüchtlinge
- Bericht zur aktuellen Situation nach der Innenministerkonferenz Ende Dezember 2005 in Karlsruhe/ Aktivitäten in Münster -
 - 2.3. Zukunftskonferenz "Einwanderung in Münster - Leben mit Menschen unterschiedlicher Herkunft"
- Dokumentation und mögliche Fortführung -
3. Entscheidungen
 - 3.1. Zuschüsse des Ausländerbeirates zu Veranstaltungen und Projekten
4. Berichte aus den Ausschüssen
5. Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder des Ausländerbeirates
6. Verschiedenes

V/0005/2006
OBM

Herr Marinos eröffnete um 17.40 Uhr die öffentliche Sitzung des Ausländerbeirates und begrüßte die anwesenden Mitglieder, die Vertreter/in der Verwaltung und die anwesenden Zuhörer/innen.

Er stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit fest.

Er wies darauf hin, dass parallel zu dieser Sitzung im Stadtweinhaus das „3. Stadtgespräch“ zum Thema „Mit Jung und Alt in die Zukunft – Der Demografische Wandel in Münster“ in einer Kooperation des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehrsplanung (Abt. Stadtentwicklung) und des Amtes für Schule und Weiterbildung (Abt. Volkshochschule) stattfindet. Dabei sei der Ausländerbeirat mit einem Informationsstand vertreten. Herr Marinos dankte Frau Dierks für die Vorbereitung der Präsentation.

Punkt 1 der Tagesordnung**Eingänge und Mitteilungen**

Herr Kupferschmidt teilte mit:

- Die Geschäftsstelle des Ausländerbeirates hat an alle Mitglieder des Ausländerbeirates folgende Unterlagen von der Koordinierungsstelle für Flüchtlingsfragen weitergeleitet:

Ergebnisse des Netzwerktreffens

Ergebnisse der Resümee-tagung Interreg-Projekt 2003 – 2005

- Des Weiteren wurden die Mitglieder darüber informiert, dass die Broschüre „Erfolgreiche Integration ist kein Zufall“ der Bertelsmannstiftung bestellt werden kann. Da eine Sammelbestellung erfolgen soll, werde in dieser Sitzung eine Bestell-Liste zur Verfügung gestellt, in der sich die Mitglieder eintragen können.
- Ferner besuchte eine Gruppe von Fachleuten im Rahmen des Interreg-Projektes „Zuwanderer integrieren“ am 20.10.2005 das Internationale Frauenzentrum in Enschede (SIVE – Stichting International Frauenzentrum Enschede). Es ging dabei um die spezifische Förderung von Migrantinnen, die dauerhaft in Enschede wohnen werden. Konkret gehe es derzeit um die Förderung von Frauen aus 24 Nationen. Die Arbeit habe eine inzwischen 15-jährige Tradition in der Stadt. Der Erfolg liege sicherlich auch begründet in einer intensiven Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen von SIVE und hauptamtlichen professionellen Dozentinnen.

Die Münsteraner Gruppe will Impulse aus dieser Arbeit in die Bildungs- und Integrationsarbeit in Münster übertragen.

Es nahmen insgesamt 15 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Arbeitsbereichen teil:

- Land NRW – Landesstelle Unna-Massen
- Wohlfahrtsverbände der Stadt Münster
- Ev. Kirchenkreis
- Universität Münster
- Münsteraner Schulen
- Städt. Ämter

Organisiert und geleitet wurde die Veranstaltung auf deutscher Seite von Stephan Nover, Geschäftsführer im Interreg-Projekt.

Präsentation und Leitung auf der niederländischen Seite lag in den Händen der dortigen Einrichtungsleiterin, Frau Ans Rotting, die dies in Zusammenarbeit mit Ger Gankema von der Gemeinde Enschede präsentierte.

- Die Broschüre „Publikation der KGSt – Management kommunaler Integrationspolitik“ kann für 13 EUR bei der KGSt bestellt werden. Bei Interesse wird ebenfalls um Rückmeldung bei Frau Dierks, Geschäftsstelle Ausländerbeirat, gebeten.

Herr Dr. Tsakalidis berichtete:

- Am 24.01.2006 habe im La Vie – Treffpunkt in Gievenbeck auf Einladung des Vereins akku e.V. (Arbeitskreis konstruktive Konfliktkultur) ein Informationsabend zum Thema „Ein Interkultureller Garten für Gievenbeck“ stattgefunden. Daran nahmen auch Vertreter des Amtes für Grünflächen und Umweltschutz teil. Herr Dr. Tsakalidis sah einen möglichen Zusammenhang mit dem Projekt „Garten/ Wald der Kulturen“ des Ausländerbeirates und schlug eine mögliche Partizipation vor.

Herr Marinos führte dazu aus, dass er an der Veranstaltung teilgenommen habe. Diese habe jedoch eine deutlich andere Zielsetzung als das Projekt des Ausländerbeirates. In Gievenbeck solle insbesondere eine Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen im Stadtteil erreicht werden. Im Ergebnis konnten sich am Ende des Abends Interessierte in eine Liste eintragen; diese Personen würden dann zu einem erneuten Gespräch eingeladen. Er sei in dieser Liste vermerkt.

Herr Marinos informierte:

- Am 24.01.2006 wurden in den Räumen der Westfälischen Provinzial-Versicherung 5 Stipendien an begabte und engagierte Zuwandererkinder vergeben. Die Kinder erhalten zunächst ein Jahr lang ein Bildungsgeld von 100 EUR monatlich, einen Computer mit Internetanschluss sowie kostenlosen Zugang zu verschiedenen Bildungs-, Beratungs- und Exkursionsangeboten. An der Veranstaltung nahm u.a. Frau Bürgermeisterin Reismann teil. Herr Marinos wurde als Vorsitzender des Ausländerbeirates ebenfalls begrüßt. Er schlug vor, dass der Ausländerbeirat die 5 Jugendlichen zu einer Veranstaltung einlade sollte.
- Am Freitag, 27.01.2006 finde in der WWU Münster (Schloss) unter dem Thema „Schulerfolg in der Einwanderungsgesellschaft“ eine Fachtagung von Frau Prof. Dr. Marianne Krüger-Potratz statt.
- Als Tischvorlage wurde der Entwurf für ein Faltblatt unter dem Arbeitstitel „Faltblatt für fremdsprachige Eltern zum Thema Kindertageseinrichtung und Schule“, welcher vom Amt für Schule und Weiterbildung und dem Amt für Kinder, Jugendliche und Familien gemeinsam mit Mitgliedern des Ausländerbeirates erarbeitet wurde, verteilt. Anregungen der übrigen Mitglieder des Ausländerbeirates sollten Herrn Marinos bis zum 20.02.2006 vorliegen. Zu einem späteren Termin können diese nicht mehr eingearbeitet werden.
- Herr Onu habe an alle Mitglieder als Tischvorlage eine Einladung zu einer Veranstaltung der Internationalen Reihe „Afrika und die Welt“ am 11.02.2006, 19.30 Uhr, im Bürgermedienzentrum Bennohaus verteilt. An diesem Samstag sei eine Podiumsdiskussion zum Thema „Wege durch die Hölle – Hunger Vertreibung Flucht: „Festung Europa“ ... die Menschenrechte“ geplant. Die Diskussion und der Meinungsaustausch sollen durch ein kulturelles Rahmenprogramm ergänzt werden.
- Das städtische Gymnasium Paulinum bemühe sich weiterhin darum, eine „Internationale Begegnungsschule“ zu werden.
- Am 21.01.2006 veranstaltete der Verein Ditib an der Hl.-Geist-Schule ein Opferfest für türkische Familien. Herrn Marinos freute besonders, dass er als Nicht-Muslime dazu eingeladen war.

- Anlässlich des 50-jährigen Jubiläums der „Brücke“ seien in diesem Jahr zahlreiche Veranstaltungen in Kooperation mit dem Ausländerbeirat geplant. In diesem Zusammenhang sei vorgesehen, auch das Interkulturelle Fest und die Veranstaltungen im Rahmen der Interkulturellen Wochen in Kooperation durchzuführen.
- Herr Oberbürgermeister Dr. Tillmann habe die Mitglieder des Ausländerbeirates zu den Gedenkveranstaltungen der Stadt Münster am 27.01.2006, 16.30/ 17.00/ 18.00 Uhr, eingeladen. Die Einladung wurde an alle Mitglieder versandt.
- Am 10.02.2006, 11 Uhr, finde eine Veranstaltung von „Medline“ und der Johanniter-Akademie zur Gründung einer Akademie zur Ausbildung von Rettungssanitätern im Erbdrostenhof statt. Herr Marinos werde dort ein Grußwort sprechen. Eine türkische Pianistin sei eingeladen, das Programm musikalisch zu begleiten.
- Am 28.01.2006 gestalte die Deutsch-Griechische Gesellschaft im Bennohaus einen griechischen Abend.
- Am 02.02.2006 feiere c.u.b.a. an der Achtermannstraße ab 19 Uhr sein 20-jähriges Jubiläum.
- Der Folk-Treff Münster e.V. präsentiere in Zusammenarbeit mit der Tibet Initiative Deutschland e.V. und der Gesellschaft für bedrohte Völker am Freitag, den 13.01.2006, 20 Uhr, im Bennohaus Musik aus Tibet mit Loten Namling.
- Die Bodelschwingschule habe eine Unterschriftenaktion zur Verhinderung der Abschiebung einer Schülerin gestartet.
- Aufgrund des Erfolges der Thangkha-Ausstellung, die der Ausländerbeirat Ende letzten Jahres gemeinsam mit der European Himalayan Association in seinen Räumlichkeiten durchführte, ist geplant, eine Dokumentation dazu herauszubringen.
- Demnächst sei eine Vortragsreihe über die Religionen auf dem Balkan geplant. Thematisiert werden sollen insbesondere die interethnischen Beziehungen zwischen orthodoxen Christen und Muslimen.
- Der Verein zur Förderung ausländischer Studierender e.V. benötige zusätzliche Sponsoren für seine Arbeit. Es sei ein Treffen avisiert, bei dem es nochmals um die Möglichkeiten der weiteren Akquise gehen soll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Berichte

Punkt 2.1 der Tagesordnung

Abschlusstagung zum INTERREG-IIIa-Projekt "Zuwanderer integrieren" am 16.12.2005 in Enschede

An der Abschlusstagung zum INTERREG-IIIa-Projekt „Zuwanderer integrieren“ am 16.12.2005 in Enschede haben vom Ausländerbeirat Herr Marinos, Herr Dr. Tsakalidis und Herr Onu teilgenommen. Sie berichteten den übrigen Mitgliedern über die Veranstaltung.

Herr Marinos hob hervor, dass er sehr enttäuscht darüber gewesen sei, dass kaum eine Möglichkeit zur Diskussion bestand.

Herr Dr. Tsakalidis bestätigte dies. Nach seinem Eindruck habe die Veranstaltung schnell zu Ende gebracht werden sollen. So sei die Veranstaltung bereits eine halbe Stunde vor dem geplanten Ende abgeschlossen worden, obwohl noch Diskussionsbedarf bestand. Er habe seine Position nicht vertreten können.

Auch Herr Onu bedauerte den Verlauf der Veranstaltung.

Alle drei Teilnehmer sprachen von einer diskriminierenden Behandlung mehrerer Teilnehmer durch den Moderator der Veranstaltung.

Herr Kupferschmidt führte aus, dass nach dem Programmablauf in der Einladung, der in der Regiegruppe vorbesprochen wurde, keine Diskussion vorgesehen war. Er räumte ein, dass dies möglicherweise ein Planungsfehler gewesen sei. Zudem habe sich der Moderator in der Reflexion zu stark an diese Vorgabe gehalten und sei seiner Aufgabe nicht in einer wünschenswerten Weise nachgekommen. Die zukünftigen Planungen für das Projekt 2006 in einer anders besetzten Regiegruppe und einer erweiterten Rolle des Ausländerbeirates sollten dazu führen, die gemachten Erfahrungen zu nutzen und in der Zukunft kooperativ zusammenzuarbeiten.

Punkt 2.2 der Tagesordnung

Bleiberechtsregelung für länger geduldete Flüchtlinge - Bericht zur aktuellen Situation nach der Innenministerkonferenz Ende Dezember 2005 in Karlsruhe/ Aktivitäten in Münster -

Herr Marinos führte in die Thematik ein und stellte nochmals die bisherigen Aktivitäten des Ausländerbeirates vor. Stand nach der letzten Sitzung am 30.11.2005 war, dass sich die Innenministerkonferenz am 08./ 09.12.2005 in Karlsruhe aufgrund einer Initiative des Innenministers des Landes NRW über eine Bleiberechtsregelung für länger geduldete Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland beraten wollte.

Herr Marinos äußerte seine Enttäuschung darüber, dass die Innenministerkonferenz zu keinem zufrieden stellenden Ergebnis gekommen sei. Er erläuterte, dass lediglich vereinbart wurde, eine Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit der Gesamtsituation befasst und ggf. Verfahrensvorschläge entwickelt. Die dabei genannten Voraussetzungen seien für die Betroffenen jedoch nicht erfüllbar. Vor diesem Hintergrund halte er es nunmehr für dringend geboten, dass der Rat der Stadt Münster eine Erklärung zu der Thematik abgibt.

Er beantragte:

„Der Ausländerbeirat möge folgende Anregung an den Rat beschließen:

„Der Rat der Stadt Münster beschließt folgende Erklärung:

Der Rat der Stadt Münster spricht sich dafür aus, dass auf Landes- und Bundesebene umgehend eine Klärung der offenen Fragen bezüglich des Bleiberechts für länger in Deutschland geduldete Ausländerinnen und Ausländer im Sinne einer humanitären Lösung herbeigeführt wird.

Der Rat bedauert, dass sogar der Vorschlag des Landes NRW für eine lediglich „minimale“ Bleiberechtsregelung von der Innenministerkonferenz in Karlsruhe am 08./09.12.2005 nicht angenommen wurde.“

Begründung

In der Vergangenheit ist es auch in Münster zu Härtefällen gekommen, bei denen nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland nach der gesetzlichen Grundlage Abschiebungen von Familien möglich werden, die ihr Heimatland unter humanitären Gesichtspunkten aus guten Gründen verlassen haben, die vieles getan haben, um sich in der hiesigen Gesellschaft zu integrieren, deren Kinder bereits prägende Jahre in Deutschland verbracht haben und die teilweise das Heimatland der Eltern nicht einmal kennen.

Im Sinne der betroffenen Menschen ist es notwendig, nunmehr zeitnah eine klare Regelung zu treffen, die derartige Härtefälle in der Zukunft vermeidet. Vorrangig ist dabei eine humanitäre Lösung für die bereits entstandenen Härtefälle erforderlich. Dabei darf man den Betroffenen keine unerfüllbaren, unrealistischen Anforderungen stellen (wie z.B. Integration in den Arbeitsmarkt bei der heutigen Arbeitsmarktsituation und sogar bei denjenigen, denen die Arbeitsaufnahme verweigert wird). Dies ist möglich, wie die Praxis aus anderen Bundesländern zeigt.

Sicher gibt es zur detaillierten Ausgestaltung einer solchen „Altfallregelung“ und zu einer Neufassung der bestehenden Gesetze unterschiedliche Standpunkte. Gleichwohl muss im Sinne der betroffenen Menschen eine Regelung herbeigeführt werden, die den schon längere Zeit in Deutschland und auch in Münster lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen klaren Aufenthaltsstatus gibt und sie somit in die Lage versetzt, ihre Zukunft und somit auch oft die Zukunft ihrer Kinder zu planen.

Mit einer Gesetzesänderung oder einer neuen Erlasslage zur Anwendung des aktuellen Aufenthaltsgesetzes, vor allem des § 25, kann erreicht werden, dass die Entscheidung über den endgültigen Aufenthaltsstatus für die bisher entstandenen Härtefälle so getroffen wird, dass die Grundlage für eine vernünftige Lebensplanung erreicht wird. Dies ist im Übrigen auch im Sinne des neuen Zuwanderungsgesetzes, das Kettenduldungen verbietet.“

Der Antrag war vor Beginn der Sitzung als Tischvorlage verteilt worden.

Frau Meza Correa-Flock beantragte eine Sitzungsunterbrechung, um den Antragstext vollständig lesen zu können. Es erhob sich kein Widerspruch. Somit unterbrach Herr Marinos um 18.55 Uhr die Sitzung.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung um 19.07 Uhr ergab sich eine eingehende Erörterung. In dessen Verlauf beantragte Herr Marinos, den 2. Absatz in der Erklärung zu streichen. Über den so veränderten Antrag ließ er abstimmen. Dieser wurde einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

Sodann stellte Herr Marinos folgenden Antrag:

„Der Ausländerbeirat möge beschließen:

Der Vorsitzende des Ausländerbeirates wird beauftragt, weiteren Schriftverkehr und zusätzliche Gespräche mit den zuständigen Stellen (Innenministerium NRW etc.) zu führen, um in Fortsetzung der bisherigen Bemühungen eine Regelung zur Lösung der humanitären Nottfälle, die es im gesamten Bundesgebiet wie auch in Münster gibt, zu erreichen.

Begründung

Noch immer gibt es – auch nach der Innenministerkonferenz im Dezember letzten Jahres in Karlsruhe – keine zufrieden stellende Regelung zum Bleiberecht für länger in Deutschland geduldete Ausländerinnen und Ausländer. Auch in Münster sind vermehrt Härtefälle entstanden, die Presse hat darüber teilweise berichtet.

Aus diesem Grunde sind die bisherigen Aktivitäten des Ausländerbeirates in dieser Zielrichtung fortzusetzen.“

Dem Antrag war als Anlage die Antwort der Ständigen Konferenz der Innenminister und – senatoren der Länder beigelegt.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Im Ergebnis beschloss der Ausländerbeirat somit:

Dem Rat der Stadt Münster wird folgendes zur Beschlussfassung empfohlen:

„Der Rat der Stadt Münster beschließt folgende Erklärung:

Der Rat der Stadt Münster spricht sich dafür aus, dass auf Landes- und Bundesebene umgehend eine Klärung der offenen Fragen bezüglich des Bleiberechts für länger in Deutschland geduldete Ausländerinnen und Ausländer im Sinne einer humanitären Lösung herbeigeführt wird.“

Begründung

In der Vergangenheit ist es auch in Münster zu Härtefällen gekommen, bei denen nach jahrelangem Aufenthalt in Deutschland nach der gesetzlichen Grundlage Abschiebungen von Familien möglich werden, die ihr Heimatland unter humanitären Gesichtspunkten aus guten Gründen verlassen haben, die vieles getan haben, um sich in der hiesigen Gesellschaft zu integrieren, deren Kinder bereits prägende Jahre in Deutschland verbracht haben und die teilweise das Heimatland der Eltern nicht einmal kennen.

Im Sinne der betroffenen Menschen ist es notwendig, nunmehr zeitnah eine klare Regelung zu treffen, die derartige Härtefälle in der Zukunft vermeidet. Vorrangig ist dabei eine humanitäre Lösung für die bereits entstandenen Härtefälle erforderlich. Dabei darf man den Betroffenen keine unerfüllbaren, unrealistischen Anforderungen stellen (wie z.B. Integration in den Arbeitsmarkt bei der heutigen Arbeitsmarktsituation und sogar bei denjenigen, denen die Arbeitsaufnahme verweigert wird). Dies ist möglich, wie die Praxis aus anderen Bundesländern zeigt.

Sicher gibt es zur detaillierten Ausgestaltung einer solchen „Altfallregelung“ und zu einer Neufassung der bestehenden Gesetze unterschiedliche Standpunkte. Gleichwohl muss im Sinne der betroffenen Menschen eine Regelung herbeigeführt werden, die den schon längere Zeit in Deutschland und auch in Münster lebenden Ausländerinnen und Ausländer einen klaren Aufenthaltsstatus gibt und sie somit in die Lage versetzt, ihre Zukunft und somit auch oft die Zukunft ihrer Kinder zu planen.

Mit einer Gesetzesänderung oder einer neuen Erlasslage zur Anwendung des aktuellen Aufenthaltsgesetzes, vor allem des § 25, kann erreicht werden, dass die Entscheidung über den endgültigen Aufenthaltsstatus für die bisher entstandenen Härtefälle so getroffen wird, dass die Grundlage für eine vernünftige Lebensplanung erreicht wird. Dies ist im Übrigen auch im Sinne des neuen Zuwanderungsgesetzes, das Kettenduldungen verbietet.“

„Der Vorsitzende des Ausländerbeirates wird beauftragt, weiteren Schriftverkehr und zusätzliche Gespräche mit den zuständigen Stellen (Innenministerium NRW etc.) zu führen, um in Fortsetzung der bisherigen Bemühungen eine Regelung zur Lösung der humanitären Notfälle, die es im gesamten Bundesgebiet wie auch in Münster gibt, zu erreichen.

Begründung

Noch immer gibt es – auch nach der Innenministerkonferenz im Dezember letzten Jahres in Karlsruhe – keine zufrieden stellende Regelung zum Bleiberecht für länger in Deutschland geduldete Ausländerinnen und Ausländer. Auch in Münster sind vermehrt Härtefälle entstanden, die Presse hat darüber teilweise berichtet.

Aus diesem Grunde sind die bisherigen Aktivitäten des Ausländerbeirates in dieser Zielrichtung fortzusetzen.“

Punkt 2.3 der Tagesordnung

Zukunftskonferenz "Einwanderung in Münster - Leben mit Menschen unterschiedlicher Herkunft" - Dokumentation und mögliche Fortführung -

Herr Kupferschmidt berichtete, dass die Dokumentation zu der Veranstaltung in Kürze fertig gestellt sei. Sobald sie in gedruckter Form vorliege, werde sie allen Mitgliedern des Ausländerbeirates übersandt.

Aufgabe des Ausländerbeirates sei es dann, in den nächsten Sitzungen darüber zu beraten, welche der vereinbarten Maßnahmen mit welcher Priorität nach Möglichkeit umgesetzt werden sollten.

Herr Marinos ergänzte, dass er eine Fortsetzung der Anstrengungen für unbedingt erforderlich halte.

Punkt 3 der Tagesordnung

Entscheidungen

Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0005/2006

Zuschüsse des Ausländerbeirates zu Veranstaltungen und Projekten

Herr Kupferschmidt und Herr Marinos wiesen darauf hin, dass sich die Stadt Münster zurzeit in einer Phase der vorläufigen Haushaltsführung befinde. Eine abschließende Entscheidung über den Etat 2006 werde der Rat voraussichtlich in seiner Sitzung am 05.04.2006 treffen. Vor diesem Hintergrund könne derzeit nicht verbindlich gesagt werden, in welcher Höhe dem Ausländerbeirat im Jahr 2006 Mittel zur Verfügung stehen.

Die Mitglieder des Ausländerbeirates entschieden daher einvernehmlich, die Beratung der Vorlage zu vertagen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Berichte aus den Ausschüssen

Es lagen keine Berichte aus den Ausschüssen vor.

Punkt 5 der Tagesordnung**Anfragen, Anregungen und Anträge der Mitglieder
des Ausländerbeirates**

Herr Marinos stellte folgenden Antrag:

Der Ausländerbeirat möge folgendes beschließen:

„Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, wie das Beschäftigungsverhältnis mit Herrn Fadil Mehmeti als Kulturdolmetscher/ Nationworker fortgesetzt werden kann.

Begründung:

Der Ausländerbeirat hat erst durch einen Brief des Leiters der IMAS erfahren, dass das Beschäftigungsverhältnis der Stadt Münster mit Herrn Fadil Mehmeti als Kulturdolmetscher/ Nationworker beendet worden ist.

Diese Entscheidung bedauert der Ausländerbeirat sehr, da sie trotz der bekannten Hintergründe (Finanzlage der Stadt Münster) im krassen Gegensatz zu dem erheblichen, auch finanziellen Aufwand steht, der beispielsweise auch noch in letzter Zeit mit dazu noch beträchtlicher Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt Münster im Fall Osthuesheide betrieben wurde. Durch die aktuelle Entscheidung wird jetzt der Eindruck erweckt, als ob die bisherige Arbeit von Herrn Mehmeti verzichtbar war. Alle bisherigen teuren Maßnahmen wie Antiaggressionskurse, Sanierung des Wohnviertels u.v.a. können die Arbeit des Menschen nicht ersetzen. Und Herr Mehmeti ist nicht nur dort tätig.

Herr Mehmeti spricht 5 Sprachen bzw. Dialekte, stammt aus der Gegend der betreffenden Bevölkerungsgruppen und bringt somit die so wichtige und gefragte „natürliche“ interkulturelle Kompetenz mit, die nach Auffassung des Ausländerbeirates nur ein Ausländer mit entsprechender Erfahrung und Bildung mitbringen kann. Darüber hinaus gibt er durch sein Wissen und seine Erkenntnisse rechtzeitige Signale und Warnzeichen bei unangenehmen Entwicklungen. Diese Arbeit kann nicht gegen noch so teure Sanierungsmaßnahmen aufgewogen werden. Hier ist eine ungünstige Gewichtung erfolgt.

Ganz davon abgesehen hat der Ausländerbeirat bestimmte Vorstellungen, wie man konkret durch diverse Finanzierungsmöglichkeiten, darunter auch Sponsoren oder andere Trägerschaften, möglicherweise zunächst einmal zu einer Übergangslösung kommen könnte.

Aus diesem Grunde sollte die Situation überdacht werden. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates hat den zuständigen Verwaltungsstellen bereits in einem Schreiben mitgeteilt, auf welche Weise man zu einem guten Ergebnis kommen könnte.

Den vollständigen Verzicht auf die bisherigen Leistungen von Herrn Mehmeti hält der Ausländerbeirat gerade in einer Zeit der zunehmenden sozialen Schwierigkeiten auch politisch und gesellschaftlich für falsch.“

Der Antrag wurde nach kurzer Erörterung einstimmig angenommen.

Des Weiteren stellte Herr Marinos folgenden Antrag:

„Der Ausländerbeirat möge beschließen:

Der Ausländerbeirat teilt die von Herrn Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann in seiner Pressemitteilung vom 24.01.2006 geäußerte Sorge über die für den 18. Februar 2006 in Münster geplante Demonstration von Rechtsradikalen.

Begründung

Die Polizei hat Herrn Oberbürgermeister Dr. Tillmann über die Anmeldung der Demonstration durch einen einschlägig bekannten Kölner Nationalisten unterrichtet. Demnach ist eine zehnstündige Demonstration mit bis zu 150 Teilnehmern geplant. Der Demonstrationzug soll vom Hauptbahnhof über die Gartenstraße und den Ring bis ins Kreuzviertel und zurück führen. Am Hauptbahnhof ist eine Abschlusskundgebung vorgesehen.

Zwar wird das Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit hoch geachtet. Dennoch werden die mit der Demonstration verfolgten politischen Ziele und Inhalte abgelehnt.“

Es ergab sich eine intensive Diskussion, insbesondere zu der Frage, ob ein solcher Beschluss in schärferer oder abgeschwächter Form gefasst werden solle.

Frau Meza Correa-Flock beantragte um 20.20 Uhr eine Sitzungsunterbrechung. Es erhob sich kein Widerspruch, so dass Herr Marinos die Sitzung unterbrach.

Nach Wiedereintritt in die Sitzung um 20.34 Uhr beantragte Herr Dr. Tsakalidis, den Antrag in folgender geänderter Form zu beschließen:

„Der Ausländerbeirat teilt die von Herrn Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann in seiner Pressemitteilung vom 24.01.2006 geäußerte Sorge über die für den 18. Februar 2006 in Münster geplante Demonstration von Rechtsradikalen.

Begründung

Die Polizei hat Herrn Oberbürgermeister Dr. Tillmann über die Anmeldung der Demonstration durch einen einschlägig bekannten Kölner Nationalisten unterrichtet. Demnach ist eine zehnstündige Demonstration mit bis zu 150 Teilnehmern geplant. Der Demonstrationzug soll vom Hauptbahnhof über die Gartenstraße und den Ring bis ins Kreuzviertel und zurück führen. Am Hauptbahnhof ist eine Abschlusskundgebung vorgesehen.

Die politischen Ziele und Aktivitäten dieser und ähnlicher Organisationen widersprechen auf das Schärfste dem demokratischen Leitbild des Ausländerbeirates der Stadt Münster. Aus diesem Grunde fordern wir die Öffentlichkeit auf, kritisch mit der geplanten Veranstaltung umzugehen!“

Es ergab sich nochmals eine eingehende Diskussion.

Herr Marinos schlug ergänzend vor, in der von Herrn Dr. Tsakalidis beantragten Fassung anzufügen: „Hier gilt der Satz „Wehret den Anfängen“ – oder ist die Situation schon fortgeschritten?“. Diesen Vorschlag zog er im weiteren Verlauf der Erörterung jedoch zurück.

Herr Kupferschmidt wies darauf hin, dass die beantragten Veränderungen alle Bestandteil der Begründung, nicht jedoch des Beschlussvorschlags seien.

Schließlich beantragte Frau Becker-Merino in analoger Anwendung des § 17 der Geschäftsordnung für den Rat, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen der Stadt Münster „Schluss der Aussprache“. Der Antrag wurde einvernehmlich angenommen.

Im Ergebnis lagen damit zwei Anträge vor. Herr Marinos ließ zunächst über den weitergehenden Antrag von Herrn Dr. Tsakalidis abstimmen. Dieser wurde mit 7 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung angenommen.

Im Ergebnis hat der Ausländerbeirat damit unter diesem Tagesordnungspunkt folgende Beschlüsse gefasst:

„Die Verwaltung wird um Prüfung gebeten, wie das Beschäftigungsverhältnis mit Herrn Fadil Mehmeti als Kulturdolmetscher/ Nationworker fortgesetzt werden kann.

Begründung:

Der Ausländerbeirat hat erst durch einen Brief des Leiters der IMAS erfahren, dass das Beschäftigungsverhältnis der Stadt Münster mit Herrn Fadil Mehmeti als Kulturdolmetscher/ Nationworker beendet worden ist.

Diese Entscheidung bedauert der Ausländerbeirat sehr, da sie trotz der bekannten Hintergründe (Finanzlage der Stadt Münster) im krassen Gegensatz zu dem erheblichen, auch finanziellen Aufwand steht, der beispielsweise auch noch in letzter Zeit mit dazu noch beträchtlicher Öffentlichkeitsarbeit seitens der Stadt Münster im Fall Osthuesheide betrieben wurde. Durch die aktuelle Entscheidung wird jetzt der Eindruck erweckt, als ob die bisherige Arbeit von Herrn Mehmeti verzichtbar war. Alle bisherigen teuren Maßnahmen wie Antiaggressionskurse, Sanierung des Wohnviertels u.v.a. können die Arbeit des Menschen nicht ersetzen. Und Herr Mehmeti ist nicht nur dort tätig.

Herr Mehmeti spricht 5 Sprachen bzw. Dialekte, stammt aus der Gegend der betreffenden Bevölkerungsgruppen und bringt somit die so wichtige und gefragte „natürliche“ interkulturelle Kompetenz mit, die nach Auffassung des Ausländerbeirates nur ein Ausländer mit entsprechender Erfahrung und Bildung mitbringen kann. Darüber hinaus gibt er durch sein Wissen und seine Erkenntnisse rechtzeitige Signale und Warnzeichen bei unangenehmen Entwicklungen. Diese Arbeit kann nicht gegen noch so teure Sanierungsmaßnahmen aufgewogen werden. Hier ist eine ungünstige Gewichtung erfolgt.

Ganz davon abgesehen hat der Ausländerbeirat bestimmte Vorstellungen, wie man konkret durch diverse Finanzierungsmöglichkeiten, darunter auch Sponsoren oder andere Trägerschaften, möglicherweise zunächst einmal zu einer Übergangslösung kommen könnte.

Aus diesem Grunde sollte die Situation überdacht werden. Der Vorsitzende des Ausländerbeirates hat den zuständigen Verwaltungsstellen bereits in einem Schreiben mitgeteilt, auf welche Weise man zu einem guten Ergebnis kommen könnte.

Den vollständigen Verzicht auf die bisherigen Leistungen von Herrn Mehmeti hält der Ausländerbeirat gerade in einer Zeit der zunehmenden sozialen Schwierigkeiten auch politisch und gesellschaftlich für falsch.“

„Der Ausländerbeirat teilt die von Herrn Oberbürgermeister Dr. Berthold Tillmann in seiner Pressemitteilung vom 24.01.2006 geäußerte Sorge über die für den 18. Februar 2006 in Münster geplante Demonstration von Rechtsradikalen.

Begründung

Die Polizei hat Herrn Oberbürgermeister Dr. Tillmann über die Anmeldung der Demonstration durch einen einschlägig bekannten Kölner Nationalisten unterrichtet. Demnach ist eine zehnstündige Demonstration mit bis zu 150 Teilnehmern geplant. Der Demonstrationzug soll vom Hauptbahnhof über die Gartenstraße und den Ring bis ins Kreuzviertel und zurück führen. Am Hauptbahnhof ist eine Abschlusskundgebung vorgesehen.

Die politischen Ziele und Aktivitäten dieser und ähnlicher Organisationen widersprechen auf das Schärfste dem demokratischen Leitbild des Ausländerbeirates der Stadt Münster. Aus diesem Grunde fordern wir die Öffentlichkeit auf, kritisch mit der geplanten Veranstaltung umzugehen!"

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

- Im Verlauf der Sitzung hatte Herr Marinos aufgrund eines Hinweises von Herrn Saber darüber berichtet, dass die Strafen für Iraker, die ihren Familien kleinere Geldbeträge in das Heimatland schicken, wieder höher ausfielen. Über die Problematik bezüglich des Wirtschaftsembargos wurde bereits in der Sitzung des Ausländerbeirates am 13.04.2005 berichtet (vgl. TOP 1.). Darüber hinaus erschien in den Westfälischen Nachrichten vom 06.08.2005 ein Artikel dazu. Herr Marinos erklärte sich bereit, eine Pressekonferenz durchzuführen, sofern die Rechtsanwälte einzelner Betroffener ebenfalls ihre Mitwirkung daran zusagen.
- Frau Becker-Merino führte aus, dass die Zahl der Mitglieder des Ausländerbeirates, die an den regelmäßigen Montagstreffen in den Räumen des Ausländerbeirates am Ludge-riplatz teilnehmen würden, stark rückläufig sei. Sie bedauerte dies und bat alle um regelmäßige Teilnahme.

Es ergab sich eine kontroverse Diskussion. Einige Mitglieder führten aus, dass an diesem Wochentag auch eine Gesprächsrunde wünschenswert sei, an der nur die Mitglieder des Ausländerbeirates anwesend seien und untereinander beraten und debattieren könnten. Es wurde vereinbart, dass künftig eine solche Gesprächsrunde jeweils montags ab 19.30 Uhr und mindestens bis 20 Uhr stattfinden soll. Etwaige Beratungsgespräche werden zwischen 19.00 und 19.30 Uhr, ggf. ab 20 Uhr oder an anderen Terminen durchgeführt.

In analoger Anwendung des § 26 Abs. 2 der Geschäftsanweisung für den Rat, seine Ausschüsse und die Bezirksvertretungen der Stadt Münster wird folgende Erklärung von Herrn Dr. Tsakalidis in diese Sitzungsniederschrift aufgenommen:

„Bei meiner Gegenrede zu der Aussage von Frau Becker, wir wären von den Flüchtlingen mandatiert, habe ich mitnichten, wie Herr Marinos dies versucht hat mir zu unterstellen, davon gesprochen, dass der Ausländerbeirat sich der Sache der Flüchtlinge nicht weiterhin annehmen soll.

Ich habe richtigerweise festgestellt, dass wir von den Flüchtlingen gerade eben kein Mandat haben, weil diese einfach "leider" noch kein Wahlrecht diesbezüglich haben.

Ich stelle weiter fest, dass ich mich, als es im Ausländerbeirat überhaupt nicht zum Status Quo gehört hatte sich mit den Flüchtlingen zu befassen, von Anfang an dafür eingesetzt habe, dass das Organ des Ausländerbeirates in Münster sich natürlich mit den Problemen und der Situation der Flüchtlinge vor Ort auseinander zu setzen hat.

Mehrmals habe ich bei Kundgebungen der Flüchtlinge in Münster gesprochen, nach dem wohlgemerkt andere "lokale Größen" in letzter Minute absagten, weil ihnen die Demonstrationen zu unprofessionell erschienen und wohl wissend, dass die gewünschte Öffentlichkeit damals noch nicht existent war.“

- Herr Onu beantragte unter diesem Tagesordnungspunkt:

„Der Vorsitzende des Ausländerbeirates möge eine Tagung/ einen Workshop für die Mandatsträger des Beirates zustande kommen lassen. Die inhaltliche Be- und Verarbeitung der Tagung/ des Workshops soll von Mandatsträgern getragen werden. Eine Arbeitsgruppe für die Vorbereitung wäre sinnvoll. Die Verwaltung möge dem zustimmen, da eine solche Tagung für eine effizientere Arbeit des Ausländerbeirates bedeutsam wäre.“

Nach kurzer Erörterung wurde vereinbart, dass Herr Marinos gemeinsam mit der Geschäftsstelle des Ausländerbeirates die Möglichkeiten bespricht und die Mitglieder des Ausländerbeirates entsprechend schriftlich informiert. Ggf. ist das Thema nochmals bei einer Montagsbesprechung zu diskutieren.

Ende der Sitzung: 21:15 Uhr

gez.
Marinos
Vorsitz

gez.
Dierks
Schriftführung